



Ekin Deligöz
Vorsitzende der Bayerischen
Landesgruppe
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T (030) 227 – 71506
F (030) 227 – 76834
ekin.deligoez@bundestag.de



Nicole Gohlke
Vorsitzende der Bayerischen
Landesgruppe
Bundestagsfraktion DIE LINKE
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T (030) 227 – 71306
F (030) 227 – 76593
nicole.gohlke@bundestag.de



Karsten Klein
Vorsitzender der Bayerischen
Landesgruppe
FDP-Bundestagsfraktion
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T (030) 227 – 72324
F (030) 227 – 70324
karsten.klein@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Dobrindt,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landesgruppe im Bundestag,

wir befinden uns ohne Zweifel in schwierigen Zeiten, die Politik und Gesellschaft in unserem Land herausfordern und wir alle arbeiten im Moment auf ein Ziel hin: diese Krise zu überwinden. Aber im Schatten dieser Situation dürfen andere wichtige Themen nicht unter den Tisch fallen. Dies gilt etwa für die Reform des Wahlrechts.

Der Bundestag hat sich in den letzten Wahlperioden deutlich über seine Sollgröße von 598 vergrößert. Seit der Bundestagswahl 2017 gehören ihm 709 Abgeordneten an, das sind 111 Abgeordnete mehr als eigentlich vorgesehen. Sollten sich aktuelle Umfragewerte in Wahlergebnissen niederschlagen, ist eine Bundestagsgröße von über 800 nicht ausgeschlossen.

Aus diesem Grund ist eine Wahlrechtsreform dringend notwendig: Es ist nicht vertretbar, warum dem Bundestag dauerhaft weit über 700 oder gar 800 Abgeordnete angehören sollen. Die Kosten für ein solch überdimensioniertes Parlament wären enorm. Darunter litte – neben dem Ansehen – vor allem auch die Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Leider hat die vom Bundestagspräsidenten einberufene Arbeitsgruppe zur Reform des Wahlrechts ihre Arbeit ohne Ergebnis beendet. Die Unionsfraktion war nicht bereit, über eine Verringerung der

Anzahl der Wahlkreise nachzudenken. Man muss an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Bis heute ist es vor allen Dingen die CSU, die jede Lösung blockiert, und das ist unverantwortlich.

Die Zeit drängt, und das wissen wir alle. Wir sind nach wie vor bereit, sämtliche Vorschläge auf Grundlage des personalisierten Verhältniswahlrechts ernsthaft zu diskutieren, aber diese Bereitschaft fordern wir auch von anderen ein. Die bisherigen Vorschläge der Union, die darauf zielen, Überhangmandate einfach nicht auszugleichen, widersprechen dem System der Verhältniswahl, denn somit würde das Zweitstimmenergebnis erheblich verzerrt werden.

Wir alle gemeinsam müssen nun zügig eine Lösung finden. Wir fordern deshalb die CSU auf, ihre Blockadehaltung bei diesem Thema endlich aufzugeben und konstruktiv und zielführend mit allen Fraktionen im Bundestag zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Ekin Deligöz



Nicole Gohlke



Karsten Klein